

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

erschint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 10 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis monatlich 4.70 M., im Voraus zahlbar, durch die Post bezogen monatlich 5 M. Einzelne Nr. 20 Pfg. Inseratenpreis 1 Zeile 43 mm breit 75 Pfg., Reklamzeile 88 mm breit 2 Mark, die dreigespaltene Zeile im amtlichen Teile 1.50 M. Hinweise auf Anzeigen 1 Petit-Zeile 50 Pfg. Nachwehungsgebühr 25 Pfg. Nachlaß nach festem Tarif.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Käpfer in Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinden der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Anzeigenannahmeschluss Vorm. 9 Uhr am Ausgabestag. Geschäftsstelle in Waldenburg Sachsen, Obergasse 25. Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfwirker Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Emil Möbius; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Gemeindeverbandsdirektion Waldenburg Sa. Nr. 16. Bankkonto: Vereinsbank zu Coburg Geschäftsstelle Waldenburg Sachsen.

Nr. 29.

Freitag, den 4. Februar

1921.

Witterungsbericht aufgenommen am 3. Februar, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 757 mm reduziert auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 3° C. (Morgens 8 Uhr + 1° C. Tiefste Nachttemperatur + 1° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Saunders Polymeter 90%. Taupunkt + 1°. Windrichtung Südwest. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 3,0 mm. Daher Witterungsaussichten für den 4. Februar: Neigung zu Niederschlägen.

Antlicher Teil.

Wichtig für Bäcker und Mehlkleinhändler.

Der Bezirksverband hat durch die Nachprüfungen seiner Revisions-Beamten wiederholt festgestellt können, daß immer

wieder Brot- oder Mehlmarken im Voraus beliefert und daß weiter die Brot- oder Mehlmarken nach Belieferung nicht sofort entwertet werden. (In Gegenwart des Käufers auf der Vorderseite in auffälliger Weise durch starkes Durchkreuzen mit Tinte, Tintenstift oder Aufdruck des Firmenstempels.)

Wir machen anderweit auf das Unzulässige der Vor-

auslieferung und der Nichtentwertung der Brot- oder Mehl-Marken aufmerksam und werden in weiteren Zuwiderhandlungsfällen die Befragung nach Punkt 14 der Bef. v. 14. 8. 20 — Glauchauer Zeitung Nr. 193 — einleiten.

Bezirksverband Glauchau, am 31. Januar 1921.

Die Parteien lehnen gleichfalls ab.

Zu Reichstag stellten sich sämtliche Parteien bis auf die Kommunisten hinter die Regierungserklärung. In der Hamburger und Bremer Börse fanden Kundgebungen gegen die Pariser Forderungen statt.

Deutschland erkennt Lettland an. Der Vertrag der Reichseinkommensteuer wird auf 12 Milliarden Mark geschätzt.

Der Kommunist Vater in Magdeburg wurde verhaftet. Der bayerische Landtag erklärte sich gegen die Pariser Versklavungsvorschläge.

An der Ostküste Deutschlands gibt es keine Kohlennot. Bei Stuttgart ereignete sich ein schweres Schachtunglück. In Rheinland wurde eine Unterschlachtung von Kohlenwaggons entdeckt.

Brian äußerte im Kammerausschuß, daß Deutschland die Forderungen bis 15. März anerkennen müsse.

Ein englisches Tiefenluftschiff wurde durch Sturm zerstört.

Die Staaten Estland und Lettland wurden von Polen anerkannt.

Präsident Harding ist nicht geneigt, die Pariser Beschlüsse anzuerkennen.

Amerika will gegen die Pariser Forderungen Einwendungen machen.

Mexiko will hunderttausend deutsche Kolonisten aufnehmen.

Waldenburg, 3. Februar 1921.

Der Reichsminister des Äußeren Dr. Simons hat im Reichstage die von der ganzen Welt mit höchster Spannung erwartete Erklärung der Reichsregierung zu den ungeheuerlichen Entschädigungsforderungen der Entente abgegeben. Der Minister setzte in seinen Ausführungen noch einmal eingehend die Vorgeschichte der überraschenden Pariser Beschlüsse auseinander, er schilderte die Verhandlungen in Spa und wie uns damals versprochen wurde, daß die Reparationsfrage in einer gemeinsamen Konferenz in Genf geregelt würde; wie dann die Genfer Konferenz immer weiter hinausgeschoben wurde, und es schließlich gelang, wenigstens die Finanzfachverständigen in Brüssel zusammenzubringen. Er erwähnte dann das Zustandekommen des Vorschlags von Seydoux, wie dann sowohl der französische wie der englische Vorschlag der Berliner Regierung offiziell erklärten, daß ihre Regierungen sich diesem Vorschlag anschließen, so daß diese sich bereit erklärte, auf Grund dieses Vorschlags zu verhandeln; und wie dann durch das plötzliche unmotiviert Auftreten Duménil auf der Pariser Konferenz die ganze Situation umgeworfen wurde und wir vor ganz andere Entscheidungen gestellt wurden. Ohne ein Wort der Kritik, rein sachlich Tatsache an Tatsache reihend, schilderte er diese Spiegelgeschichte, die die Entente mit uns getrieben hatte, eine Schilderung, die dadurch um so mehr wirkte.

Dann kam er auf die Noten selbst zu sprechen, die er ein überhäuftes Ergebnis schwieriger Verhandlungen nannte. Die Entwaffnungsnote behandelte er nur kurz. Er behauptete, daß die Note mit keinem Worte anerkennt, was wir in der Entwaffnung bereits geleistet haben. In Spa habe kein Mensch, auch unsere Gegner nicht, geglaubt, daß wir in der geforderten Frist soviel leisten würden!

Dann kam der Minister auf die Reparationsforderungen zu sprechen. Es handelte sich hier um die Forderung einer

festen und einer veränderlichen (variablen) Summe. Die feste Summe, die wir in 42 Jahren zahlen sollen, beträgt 226 Milliarden Goldmark oder nach unserem heutigen Geldwert über 3 Billionen Mark!

Ferner sollen wir aber noch eine veränderliche Summe in Form eines Aufschlages auf unseren Ausfuhrzoll zahlen. Und zwar hoffte man dadurch jährlich 1—2 Milliarden zu bekommen, das entspräche einer jährlichen Ausfuhrziffer von 8—16 Milliarden Mark, einer Summe, die Deutschlands Ausfuhr in den besten Friedensjahren nicht erreicht hat. Als Sicherung sind Eingriffe in die Freiheit der deutschen Zollverwaltung vorgesehen.

Zu allen diesen Verpflichtungen kommen aber noch die Wiedererstattung für die aus den besetzten Gebieten von Deutschland mitgenommenen Werte und außerdem noch die Lasten der Besetzung und der in Deutschland weilenden Interalliierten Kommissionen, die jetzt bereits jährlich 15 Milliarden Mark ausmachen. Dazu kommen noch zahlreichere Unklarheiten, die zu unseren Ungunsten ausgelegt werden können. Abgesehen davon enthält das neue Programm aber auch unzweifelhafte Widersprüche gegen den Friedensvertrag.

Der Reichsminister erklärte schließlich, daß die Pariser Beschlüsse für uns keine Basis für weitere Verhandlungen bieten. Er will neue Vorschläge ausarbeiten, um sie den alliierten Regierungen zu unterbreiten. Mit seinen Ausführungen fand er lebhaften Beifall im ganzen Hause. Gestern fand im Reichstage eine Besprechung der Regierungserklärung statt, in der die Parteien sich einmütig bis auf die Kommunisten der Ablehnung anschlossen. Das gleiche Echo, das die Rede im Reichstage fand, zeigt sich auch in der gesamten deutschen Presse. Die einzigen, die an der Regierungserklärung eine gewisse, aber sehr zurückhaltende Kritik üben, sind — abgesehen natürlich von den kommunistischen Außenseitern, die aber, Gott sei Dank, nur eine verschwindende Minderheit im deutschen Volke darstellen — die deutschnationalen und die unabhängigen Blätter. Den ersteren ist die Form der Ablehnung in Simons Worten nicht scharf genug gewesen, sie hätten eine energischer, leidenschaftlicher Betonung des Unrechts, das uns angetan worden ist, lieber gesehen, in der Sache aber stimmen sie mit Herrn Simons völlig überein. Die Presse der U. S. P. fühlt sich dagegen bewogen zu betonen, daß ihre Stellungnahme zu den Ententeforderungen nicht nur durch das Interesse Deutschlands, sondern der gesamten internationalen Arbeiterschaft begründet werde. Wenn sie also auch von anderen Voraussetzungen ausgeht, so kommt sie doch im wesentlichen zu denselben Schlüssen wie der Außenminister. Und das ist die Hauptsache.

Wir haben also wirklich das, was wir selbst damals in den unheilvollen Maitagen 1919, als der Friedensvertrag bekannt wurde, nicht hatten, eine Einheitsfront des ganzen deutschen Volkes. Diese Einigkeit gibt unserer Regierung eine starke Stütze für ihre Haltung bei den weiteren Verhandlungen. Nichts ist für das deutsche Volk jetzt wichtiger und nötiger, als daß diese Einigkeit erhalten bleibt. Es geht um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes, und da muß jeder Kleinliche Zwist zurückgestellt werden.

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Der Vorstand des deutschen Beamtenbundes stellt sich

in einheitlicher Geschlossenheit hinter den zu erwartenden Protest der deutschen Regierung gegen das unmenschliche Vernichtungsdiktat der Alliierten mit seinen unaussprechlichen katastrophalen Wirkungen. Er stellt sich für den entschiedensten Widerstand gegen die Wirtschaftsbedingungen verblendeter Sieger zur Verfügung.

Der Nationalverband deutscher Offiziere und der Verband nationalgefehrter Soldaten erhebt in einer Kundgebung an die Reichsregierung flammenden Protest gegen die unerhörten, jedem Recht und jeder Billigkeit höhnsprechenden Beschlüsse der Ententeminister und ruft die vernünftigen und rechtlich denkenden Menschen der ganzen Erde auf, das größte Verbrechen der Weltgeschichte, die Verurteilung eines 60 Millionen-Volkes, zu verhindern.

Der bayerische Landtag befaßte sich am Mittwoch mit den Pariser Versklavungsvorschlägen. Präsident Königbauer erklärte unter lebhafter Zustimmung des Hauses, daß, ohne der Reichsregierung und dem Reichstag vorzuziehen zu wollen, von der Reichsregierung und dem Reichstage erwartet werden dürfe, daß das offenbar Unmögliche niemals zustande kommen wird. Alle trennenden Schranken im deutschen Volke müßten niedergerissen werden, alle Parteien, alle Stämme in Nord und Süd müßten sich einig in dem Bestreben, lieber ehrlich unterzugehen, als unehrig zu verderben. Während der Rede des Präsidenten hatte sich das Haus von seinen Sitzen erhoben. Gemäß einem Beschluß des Vorkonferenzen wurde darauf die Sitzung geschlossen.

Reichspräsident Ebert hat gemeinsam mit einem Sachverständigen aus dem Wirtschaftsministerium eine Vorlage über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ausgearbeitet. Der Entwurf faßt eine Beteiligung des Staates an den privaten Kohlenzechen ins Auge.

Die Reichsregierung hat beschlossen, die Republik Lettland anzuerkennen.

Die „Deutschen Nachrichten“ in Posen, das Organ der deutschen Vereinigung, sind nach fast dreimonatigem Verbot wieder erschienen.

In diesen Tagen trifft die erste Massenherde der amerikanischen Milchkühe in Bremen ein. Die Viehhendung ist ein Geschenk amerikanischer Farmer deutschen Stammes. Der Transport umfaßt 742 Kühe; sie gehen nach Berlin, dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, nach Sachsen und Oberschlesien. 50 Kühe sind für Wien bestimmt.

Die von der Deutschen Volkspartei begonnenen Verhandlungen zur Verbreiterung der Regierungskoalition haben keinen Erfolg gezeitigt, doch wird der Gedanke noch weiter erwogen.

Im Hauptausschuß des Reichstags äußerte auf eine Anfrage Staatssekretär Zapp, daß man aus dem Lohnabzug 6 bis 7 Milliarden Mark erwarte. Mit Rücksicht auf die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse möchte die Finanzverwaltung in den Reichshaushaltsplan nicht mehr als insgesamt 12 Milliarden Mark als Jahresertragnis der Einkommensteuer einstellen.

Auf Grund von Vorfällen, die in den letzten Tagen bei der polnischen Propaganda beobachtet worden sind, wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß das Abkommen mit Polen über die gegenseitige Duldung der Werbearbeit für Oberschlesien selbstverständlich nicht dazu führen kann, daß eine nach dem Strafgesetz unzulässige Tätigkeit, wie z. B. Stimmentauf, gebuldet wird.

Durch die Erklärung der Reichsregierung sind eigentlich